

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

**zu der Mitteilung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport vom 20. Juni 2018
– Drucksache 16/4277**

Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Einrichtung von Erasmus, dem Programm der Union für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport vom 20. Juni 2018 – Drucksache 16/4277 – Kenntnis zu nehmen.

11. 07. 2018

Die Berichterstatterin:

Der Vorsitzende:

Andrea Bogner-Unden

Willi Stächele

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet öffentlich die Mitteilung Drucksache 16/4277 in seiner 19. Sitzung am 11. Juli 2018.

Vorsitzender Willi Stächele weist darauf hin, diese Drucksache sei bisher noch nicht im Bundesrat behandelt worden.

Abg. Andrea Bogner-Unden GRÜNE trug vor, bei dem vorliegenden Verordnungsvorschlag zur Einrichtung von Erasmus gehe es um den Mehrwert Europas. Die Europäische Union sei ein Bündnis von Nationen. Aber nicht die nationalen Verträge hauchten diesem Bündnis Leben ein, sondern ein Europa, das sich von unten entwickle, ein Europa der persönlichen Verbindungen und Freundschaften, ein Europa der Solidarität, ein Europa der Toleranz, ein Europa des Sichverstehens und ein Europa der Werte. Dafür sei es wichtig, dass sich Menschen der unterschiedlichsten europäischen Nationen und Kulturen kennenlernten und auch wertschätzen lernten.

Deshalb begrüße die Fraktion GRÜNE diesen Vorstoß der Kommission ausdrücklich. Das derzeitige Budget von 14,7 Milliarden € solle für den Zeitraum von 2021 bis 2027 auf 30 Milliarden € erhöht werden.

An fünf Bereichen lasse sich der Mehrwert deutlich machen. Zum einen sollten mit diesem Programm die Mobilität und der Austausch vornehmlich junger Menschen verstärkt werden. Es gehe also um die Zielgruppenbereiche Hochschulbildung, allgemeine und berufliche Bildung, Erwachsenenbildung, Jugend und Sport. Besonders erfreulich sei, dass ein Schwerpunkt darauf liege, verstärkt auch junge Menschen mit geringen Chancen in das Programm mit einzubinden.

Wichtig erscheine ihr auch, dass die Antragstellung und Berichterstattung vereinfacht und der Verwaltungsaufwand verringert werde, sodass auch kleinere Organisationen in den Bereichen Schule, Erwachsenenbildung und Jugendarbeit die Möglichkeit hätten, am neuen Erasmus-Programm zu partizipieren.

Drittens würden außerdem durch eine Kombination aus physischer und virtueller Mobilität die Beziehungen zum Rest der Welt gestärkt und eine Zusammenarbeit mit Drittländern gefördert.

Viertens lege das neue Programm seinen Fokus auch auf Fachbereiche der Zukunft und erlaube so, Themen wie erneuerbare Energien, die Bekämpfung des Klimawandels, Umwelttechnik oder künstliche Intelligenz zu stärken.

Fünftens sei auch die neue Initiative DiscoverEU sehr zu begrüßen, da sie den jungen Menschen die Möglichkeit gebe, durch Europa zu reisen, ihr europäisches Kulturerbe und die Vielfalt Europas zu entdecken und eine europäische Identität zu entwickeln. Dazu brauche es ein Kennenlernen sowie politische und europäische Bildung.

Gemäß den Berichtsbögen des Bundes und des Landes würden keine Subsidiaritätsbedenken erhoben, und der Vorschlag werde auch als verhältnismäßig angesehen.

Abg. Sabine Wölflé SPD bemerkte, alles Positive sei gesagt. Zu kritisieren sei der hohe Verwaltungsaufwand. Dieser sollte verringert werden.

Einvernehmlich empfahl der Ausschuss dem Plenum, von der Mitteilung Drucksache 16/4277 Kenntnis zu nehmen.

07. 09. 2018

Bogner-Unden